



Fraktion der
Christlich-Demokratischen Union
im Rat
der Stadt Braunschweig



Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig



Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

12.11.2013

Nummer

3035/13

Absender

INTERFRAKTIONELLER ANTRAG
CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Fraktion Die Linke
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

12.11.2013

Betreff

**zu DS 2945/13: „Weitergabe der Bundesmittel zur Entlastung
der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung durch das
Land Niedersachsen“**

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die vollständige Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund zur Entlastung der kommunalen Haushalte. Die dritte Stufe der Entlastung im Jahre 2014 wird allerdings dazu führen, dass auch der bisherige 20%-Anteil des Landes vom Bund erstattet wird und das Land somit eine Summe von 107 Mio. € im Jahr einsparen kann. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat der Stadt Braunschweig das Land Niedersachsen auf, diese Einsparung dafür zu nutzen, die besonders von sozialen Kosten betroffenen Städte und Landkreise – darunter die Stadt Braunschweig – weitergehend zu entlasten.

In diesem Zusammenhang soll der Niedersächsische Landtag sicherstellen, dass die kreisfreie Stadt Braunschweig keinen Teil dieser Entlastungswirkung dadurch verliert, dass eine Anrechnung im innergemeindlichen Finanzausgleich (FAG) erfolgt.“

Begründung:

erfolgt mündlich.

Klaus Wendroth
CDU-Fraktion

Manfred Pesditschek
SPD-Fraktion

Holger Herlitschke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Udo Sommerfeld
Fraktion Die Linke